

Westfälische Nachrichten

Stiller Protest als Mahnung

-hat- **AHLEN.** Stumm soll er sein, der Protest, zu dem der Ahlener Industrie- und Wirtschaftsclub (AIWC) am morgigen Donnerstagnachmittag auf dem Rathausvorplatz aufruft. Aber deshalb nicht unauffällig. Im Gegenteil: Die Kommunalpolitiker sollen mit Slogans wie „Mut zur Demokratie“, „Bürger Verantwortung“ „30 Jahre Verpflichtung“ und „Kommunalwahl 2020“ auf den Schildern konfrontiert werden. Davon hat AIWC-Vorstandsmitglied Silvia Sörensen jeweils zehn anfertigen lassen.

„Wir haben vorsorglich 500 Teilnehmer angemeldet“, erklärt Sörensen. Selbst, wenn nicht so viele kommen sollten, hofft sie mit ihren Vorstandskollegen Jürgen Henke und Thomas Schwarzrock auf einen breiten Protest. Mit dieser Aktion wollen die Mitglieder des AIWC die Ratsmitglieder auf die Tragweite ihrer Verantwortung bei der Entscheidung über Rathaus und Stadthalle aufmerksam machen.

Und mit der Aufschrift „30 Jahre Verpflichtung“ soll daran erinnert werden, dass das Rathaus seit zehn Jahren bezahlt ist (die Abschreibungsfrist beträgt 30 Jahre, Anm. der Red.), und laut Gutachten sei der solide Beton-Rohbau „völlig in Ord-

»Wir haben vorsorglich 500 Teilnehmer angemeldet.«

Silvia Sörensen

nung“. Silvia Sörensen wirft der Stadt vor, auch bei den Bürgerdialogen nicht ergebnisoffen informiert zu haben. „Bei vielen Bürgern ist der Eindruck entstanden, dass die Verwaltung von Anfang an den Neubau durchsetzen wollte“, kritisiert sie. Das sei nicht gut angekommen.

Der Rat habe jetzt die Möglichkeit, mit einem Ratsbürgerentscheid die Entscheidung zurück an die Bürgerschaft zu geben und



Jürgen Henke, Silvia Sörensen und Thomas Schwarzrock vom Vorstand des Ahlener Industrie- und Wirtschaftsclubs fordern zum stillen Protest auf dem Rathausvorplatz auf. Mitsstreiter mit weiteren Plakaten sind willkommen.

Foto: Dierk Hartleb

sich damit selbst Zeit einzuräumen. Mit diesem Vorschlag seien die Grünen vor zwei Jahren abgeblitzt. Insofern habe man wertvolle Zeit verstreichen lassen. Umso unverständlicher sei der heutige Zeitdruck. Mit dem Ja zu einem Ratsbürgerentscheid, den die Grünen jetzt erneut beantragt haben, könne der Rat auch das andernfalls zu erwartende Bürgerbegehren abwenden.

„Wir sind parteipolitisch neutral“, betonen Silvia Sö-

rensen, Thomas Schwarzrock und Jürgen Henke übereinstimmend. Gleichwohl nehme der AIWC seine gesellschaftspolitische Verantwortung ernst und wolle mit seinem Protest deutlich machen, dass die Meinung so vieler Bürger nicht übergangen werden dürfe.

Nicht zuletzt mahnen die im Verein organisierten Unternehmerinnen und Unternehmer ein umsichtiges Verhalten bei der weiteren Verschuldung der Stadt an. „Die

Grund- und Gewerbesteuern dürfen nicht auf Grund des Neubaus erhöht werden“, fordern die drei Vorstandsmitglieder übereinstimmend.

Seinen stummen Protest, zu dem Eigenkreationen an Plakaten ausdrücklich erwünscht sind, hat der AIWC bei der Kreispolizei angemeldet. Die Polizei werde mit ihren Bezirksbeamten vor Ort sein, kündigt Polizeisprecherin Susanne Dirkorke-Kukuk an.